

Strom und Politik 2010

Die deutsche Energiepolitik steht am Scheideweg. Wenn es nicht gelingt, das für das Klima notwendige auf eine für die Volkswirtschaft dienliche Weise zu tun, wird Deutschland sich selbst großen Schaden zufügen. Gemäß der political Correctness dürfen die erneuerbaren Energien nicht mehr infrage gestellt werden. Die Frage, was dient der Volkswirtschaft, was dient den Menschen wird nicht mehr gestellt. Die Folgen ordnungspolitischer Fehler werden zur drückenden Last. Das muss sich ändern!

Die Bürger haben Anspruch darauf zu erfahren, was Klimaschutz in Deutschland derzeit kostet und weiterhin kosten wird, wenn sich nichts ändert. Wind- und insbesondere Solarenergie führen zu den höchstmöglichen CO₂ Vermeidungskosten, teurer geht es nicht! Die öffentliche Diskussion bezüglich der Energieerzeugung ist in einem jämmerlichen Zustand. Kaum einer kennt Fakten, Auswirkungen und Folgen, aber um so fester sind die Standpunkte. Die sich für Wind- und Sonnenenergie einsetzenden Bürger kämpfen gleichzeitig gegen neue Stromnetze, so dass sich ihre Proteste, zumindest theoretisch, wechselseitig blockieren und neutralisieren. Die Bürger wurden in der Informationswüste zu Opfern einer Fata Morgana. Deswegen ist es so wichtig, das allgemeine diesbezügliche Wissen zu verbreitern und zu vertiefen. Einiges, von dem, was man wissen muss, um das Denken wieder von den Emotionen in den Kopf verlegen zu können, habe ich nachfolgend zusammengetragen.

Einer der größten Fehler ist die quasi introvertierte Betrachtung der Energieerzeugungsproblematik. In Deutschland wird diskutiert, als wären wir eine einsame Insel. Das Ziel der Politik wurde ausgetauscht, nicht mehr CO₂-Emissionsreduzierung, so preiswert wie möglich, ist das Ziel, sondern die Förderung der erneuerbaren Energien ist nicht mehr Mittel, sondern Zweck, also das neue Ziel, egal was es kostet, und egal welche Folgen das für die Versorgungssicherheit hat. Das internationale Energiegeschehen wird in Deutschland ausgeblendet. Zu oft werden die Ziele scheinbar untrennbar mit den Mitteln verbunden, so dass bereits der Versuch eine Alternative ins Spiel zu bringen als Verstoß gegen die political Correctness gewertet wird. Die im Vordergrund stehende Verminderung der CO₂-Emissionen ist aber kein lokales Problem, sie kann nicht innerhalb Deutschlands Grenzen gelöst werden. Die deutschen Lösungsbeiträge müssen eingebettet sein und abgestimmt werden auf die Vorgehensweise der Nachbarn und des Rests der Welt. Die in Deutschland übliche emotionale Betrachtung der Energieerzeugung hat uns bereits tief in eine Sackgasse geführt, aus der wir im eigenen Interesse möglichst schnell wieder herauskommen müssen.

Kaum ein Bürger weis, dass z.B. bereinigt um die Differenz bei der Einwohnerzahl und dem BSP, in Deutschland die CO₂-Emission 50% höher liegt als in Frankreich. Dass in Deutschland laut Eurostat (europäisches Gegenstück zum deutschen Statistischen Bundesamt) 2009 die privaten Haushalte 51% und die Unternehmen 46% höhere Strompreise zahlten als in Frankreich. (Preise jeweils ohne Steuern). Eine solche Differenz benachteiligt die Kalkulationsbasis der inländischen Unternehmen und vernichtet Arbeitsplätze, weiterhin werden die verteuerten Strompreise von den privaten Haushalten nicht nur mit der Stromrechnung gezahlt, wie immer wieder von interessierten Kreisen behauptet wird, sondern auch alle von ihnen erworbene Produkte und Leistungen sind mit den überhöhten Strompreisen belastet. Mit den überhöhten Strompreisen wird den Bürgern und Unternehmen Kaufkraft entzogen und so in Deutschland der private Konsum gebremst.

Nach dem die Regierung Kohl 1998 die Strommarktliberalisierung in Kraft setzte fiel der Strompreis für größere Verbraucher (Sondervertragskunden) bis 2001 um 19.4%. Danach bewirkte das von der Regierung Schröder durch den sozialdemokratischen Minister Müller geschaffene Oligopol ständig steigende Strompreise. Ab 2002 wirkte dann zusätzlich das neue EEG. (Energieeinspeisegesetz) Die Differenz zwischen den Deutschen und den französischen Strompreisen führt zu folgendem Ergebnis:

Die in Deutschland von 2001 bis 2008 verbrauchte Strommenge von 4 120 445 GWh (1 GWh = 1 Million kWh) hätte in Frankreich 132.6 Milliarden € (132 623 849 000) weniger gekostet. Ein beispielloser Aderlass sowohl für den Finanzminister als auch für die Bürger. (Strom-Tab-210) *(Eine detaillierte Tabelle befindet sich am Ende des Aufsatzes)*

In der Regierungszeit von Schröder haben sich die beiden damals tragenden Parteien ein neues Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Die Einführung eines die Bürger ausbeutenden Systems durch deren Spaltung in Subventionsgewinner und Subventionszahler. Die dabei ausgebeutete Mehrheit zahlt Zwangsabgaben an die Windmühl- und Photovoltaikanlagenbesitzer. Die Linksparteien werden so zu Umverteilern von unten nach oben. Jeder Hausbesitzer mit Photovoltaikanlage auf dem Dach wurde quasi per Gesetz zum Schmarotzer am Rest der Bevölkerung.

Diese unnötige Belastung der Volkswirtschaft mindert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Kaufkraft der Bevölkerung. Das ist Folge falscher Politik, die aber nur möglich war, weil die Bürger mit ihrer Wahlentscheidung die Voraussetzung für diese Katastrophe geschaffen haben, zum erheblichen Teil aus Unwissenheit, die gezielt durch Desinformationskampagnen der linken Parteien erzeugt wurde. Damit in Zukunft jeder Bürger weis, was er entscheidet, muss das Thema lang, breit und dauernd von Allen, besonders von den Medien, in der Diskussion gehalten werden.

Lincoln sagte: Du kannst alle Leute einige Zeit täuschen, auch einige Leute dauernd, aber du kannst nicht alle Leute auf Dauer täuschen.

Es ist wichtig zu wissen, dass in den an Deutschland angrenzenden Staaten z.Z. 78 Atomkraftwerke am Netz sind und es immer mehr werden, z.B. haben Sarkozy und der polnische Ministerpräsident im November 09 ein Abkommen unterzeichnet, das Polen französische Unterstützung beim Bau von zwei neu in Polen zu errichtenden Atomkraftwerken zusichert, das erste soll 2020, das Zweite 2025 ans Netz gehen. Wahrscheinlich lebt heute mehr als die Hälfte der deutschen Einwohner näher an ausländischen denn an deutschen Atomkraftwerken.

Die IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) schätzt das sich der weltweite Anteil an der Stromerzeugung aus Kernkraft bis 2030 um das Zweieinhalbfache steigert, was dann weltweit einen Anteil von annähernd 40% an der Stromerzeugung betragen würde..

Quellen: FAZ und Bundesamt für Strahlenschutz, Informationskreis Kernenergie IAEA und Öko-Institut e.V.

Eine zukunftsfähige CO₂ freie Energieversorgung ist ohne Atomkraftwerke nicht möglich.

Wind und Photovoltaik können keinen Beitrag zur sogenannten „gesicherten Leistung“ bringen. Sie können Strom nicht bedarfsgerecht produzieren. Kohle, Gas und Uran sind Energiespeicher, die bedarfsgerecht in Strom gewandelt werden können. Da Kohle und Gas CO₂-Emissionen auslösen, führt uns die Ratio zur Kernkraft.

Da es auf absehbare Zeit keine bezahlbaren Stromspeichermöglichkeiten geben wird, muss parallel zur Wind-/Sonnenenergie sofort abrufbare Stromproduktionskapazität vorgehalten werden. Das verschlechtert die CO₂-Bilanz zusätzlich und verteuert diese Energien über den garantierten Abnahmepreis hinaus. Laut Dena-Chef Kohler ist keine Speichertechnik in Sicht, die eine Speicherung mit vertretbaren Kosten ermögliche.

Anstatt die technische Weiterentwicklung zu fördern, unterstützt die Regierung den Ausbau der Kapazitäten auf Basis der heutigen Standards und fördert mit preiswerten KfW-Darlehen für die Erneuerbaren die Strompreissteigerungen.

Der Bundesumweltminister sagte, mit zuletzt 300 000 Beschäftigten seien die erneuerbaren Energien für die Volkswirtschaft immer wichtiger. Sie hätten auch der Konjunkturkrise getrotzt. Aber das liegt daran, dass eine Branche mit dank EEG garantierten Verkaufspreisen, mit ebenfalls 100%iger Abnahmegarantie eine absolut sichere und garantiert hochrentierende Kapitalanlage ist.

(Heute kommt wieder ein Angebot für eine Investition in Windparks auf den Schreibtisch, mit einer angeblich steuerfreien Rendite von durchschnittlich 10% auf 10 Jahre.)

Die Mitarbeiter erhalten Lohn relativ zur Arbeitsleistung, aber sie erwirtschaften ihn nicht, sondern alle Stromverbraucher sind durch das EEG verpflichtet, diese Arbeitnehmer zu alimentieren und den Finanziers eine zweistellige Verzinsung zu sichern. Die Kohlesubvention, ein sinnloses Milliardengrab, sollte allen als Warnung dienen. Bei Photovoltaik z.B. kostet jeder Arbeitsplatz doppelt soviel.

Mitglieder der Bundesregierung und auch die Klimaschutzkommissarin Hedegaard glauben offensichtlich, man könne mit Gesetzen eine Situation schaffen, die bei der Wirtschaft und den Bürgern zu Investitionen führt, sie glauben, damit der Wirtschaft zu helfen. Sie erkennen nicht, dass sie Kapital in eine Sackgasse lenken, Kapital, das so dem realen Markt entzogen wird, schafft damit unrentable Arbeitsplätze und verhindert rentable Arbeitsplätze. Die ordnungspolitische Unkenntnis ist krass. Sie glauben tatsächlich sie selbst könnten einen Markt schaffen und erkennen nicht, dass sie den Markt verhindern. Das ist nicht Ökonomie nach Walter Eucken und Ludwig Erhard, sondern frei nach Baron von Münchhausen. Ist die Fähigkeit verloren gegangen die Wirkung einer Entscheidung, die sie neben dem Ziel und über das Ziel hinaus entfaltet, vorher zu bedenken?

Bei Photovoltaik beträgt die bisher in Deutschland installierte Leistung 9800 MW. Der Ausnutzungsgrad im Verhältnis zur installierten Leistung schwankte in Deutschland in den Jahren 2000 – 2008 zwischen 6.2% und 9.3%. Bei 9% Ausbeute der heute installierten Leistung bleiben 882 MW tatsächlich erzeugter Strom. Ob da, um Deutschland einen Vorsprung bei der Ausnutzung zu sichern, bald jemand den Vorschlag macht mit Flutlicht eine rund um die Uhr-Produktion zu sichern? Mittlerweile würde ich auch das für möglich halten.

Die Vermeidungskosten für 1 t CO₂ Emission durch Photovoltaik belaufen sich, je nach System, Ort und Witterungsverlauf auf 600.- bis 11 000.- €, bei der Windenergie auf 95 bis 160.- € je Tonne. Der Weltmarktpreis für ein Zertifikat, das zur Emission von 1 t CO₂ berechtigt, schwankt derzeit zwischen 15 – 30 €. Quelle: FAZ.

Wenn ein Energieunternehmen mit dem vom EEG (Energieeinspeisungsgesetz) erzwungenen Ankauf von Strom aus Photovoltaik oder Windkraft die Emission von 1 t CO₂ vermeidet, verkauft es ein Emissionszertifikat für 1 t CO₂ an einen anderen Stromerzeuger, der damit das Recht erwirbt 1 t CO₂ zusätzlich zu erzeugen und es auch tut, warum sonst sollte er das Zertifikat kaufen. Der geplante weitere Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland wird den Energieerzeugern und –Nutzern in anderen Ländern auch in Zukunft eine billige Zukaufsmöglichkeit von Verschmutzungsrechten sichern. Die deutsche Bevölkerung bezahlt also die CO₂-Emissionssteigerung in anderen Ländern. Wer jetzt nicht erkennt, dass uns eine vergangene Regierung zu Schildbürgern gemacht hat, wann wird er es dann erkennen? Die Frage ist, wird uns bald eine Regierung befreien? Entweder die Jetzige oder keine! Im Juni 2010 hängt das an einem seidenen Faden.

Die Gesetzesnovelle zur Senkung der Förderung für Solarstrom wurde bereits im Kabinett zerfleddert und abgeschwächt. Mittlerweile (Juni 2010) hat eine Mehrheit der Länder im Bundesrat die Reduzierung der Förderung blockiert, um im Vermittlungsausschuss die geplante Senkung der Einspeisevergütung weiter abzumildern. Damit fordern diese Minister von der Bundesregierung ihre eigenen Bürger stärker zu schröpfen, als diese es selbst will. Ist das Begünstigung im Amt? Sie begünstigen eine kleine Minderheit zu Lasten der Mehrheit ihrer Bürger. Das tun Ministerpräsidenten und Minister, die in ihrem Amtseid geschworen haben, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm (zu) wenden und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben. Wissen diese Minister was sie ihrer Bevölkerung antun, wenn sie eine deutliche Absenkung der Solarförderung verhindern? Weis die Bevölkerung, welche Politiker versuchen eine kleine Minderheit zu Lasten aller anderen Bürger zu begünstigen und damit niedrigere Strompreise verhindern? Kennen dies Minister die wichtigste Grundregel der Sozialen Marktwirtschaft?

„Ausrichten muß sich Politik an den Interessen der Verbraucher. Nur unter dieser Definition lassen sich alle Menschen subsumieren und durch Entscheidungen jedweder Art gleichbehandeln“ behandeln, wie es dem Amtseid entspricht.

Der wissenschaftliche Beirat von Bundesfinanzminister Schäuble wendet sich gegen nationale Alleingänge beim Klimaschutz. Nationale Vorleistungen und einseitig gewählte Emissionsminderungsziele würden sich als besonders teuer und wenig hilfreich erweisen. Alle profitieren von der Emissionsvermeidung aber der Vermeider trage die Kosten alleine. Und sinngemäß weiter, ein Staat, der seiner Industrie und Bevölkerung Mengenrestriktionen oder eine CO₂-Steuer auferlege, habe nur einen kleinen Anteil an den daraus entstehenden Klimavorteilen, der größere Teil entstehe woanders.

Der Vorsitzende der Monopolkommission, Haukamp nennt das EEG klimapolitischen Unsinn, weil der maximal erlaubte Ausstoß durch die Menge der Zertifikate politisch gedeckelt sei. Unabhängig davon sagen die Professoren. Sinn und Weimann das Gleiche, alle Drei haben recht. Auch die Verbraucherzentrale, Bundesverband kämpft gegen die Solarförderung. Nur die frühere Feldhamsterbeauftragte von Nordrhein-Westfalen sieht eine positive Wechselbeziehung zwischen EEG und Emissionshandel. (FAZ 11.12.09)

Ca. 50% des weltweiten Neubaus von Photovoltaikanlagen geschieht in Deutschland. Die Exporterfolge deutscher Unternehmen brechen dort zusammen, wo die Förderung eingeschränkt wird, z.B. im sonnenreichen Spanien. Andererseits tätigt Chinas größtes Solarunternehmen Suntech 44% seines Umsatzes in Deutschland. Erschreckende Proportionen!

Der Anteil an erneuerbaren Energien soll noch erheblich gesteigert werden. Aber diese Energiearten dürfen laut Einspeisegesetz nicht gesteuert werden. Die in der von der Natur bestimmte Produktionszeit anfallende Menge muss von Energieunternehmen abgenommen werden. 2009 gab es bereits 18 Fälle von Überschussproduktion bei erneuerbaren Energien. Die zur Abnahme der Überschussproduktion durch das EEG (Energieeinspeisungsgesetz) verpflichteten Energieunternehmen mussten den Strom z.B. bei Photovoltaik mit 30 bis zu 43 Cent einkaufen, ohne ihn am Markt regulär absetzen zu können, und mussten dann noch den Abnehmer bezahlen, und zwar mit bis zum Dreißigfachen des an der Börse aktuellen Handelspreises. Jetzt wird beim Strom zwischen positiven und negativen Strompreisen unterschieden. Diese Preisdifferenz schlägt sich zulasten der Bürger in der Kalkulation der Energieunternehmen nieder. Solche Situationen werden sich in Zukunft parallel zum Ausbau häufen. Vermeiden ließe sich dies nur mit billigen Stromspeichermöglichkeiten, die es aber auf absehbare Zeit nicht geben wird.

Immer wieder taucht die Behauptung auf strompreisbestimmend seien die Grenzkosten des letzten, also teuersten Kraftwerks, das ans Netz ginge. Das ist irreführend, denn mit der fortgesetzten Nutzung der billig produzierenden Kernkraftwerke, brauchen keine alten teuer produzierenden Werke ans Netz zu gehen. Es ist doppelt irreführend, denn die teuersten „Kraftwerke“ sind Wind und Sonne. Ein weiterer Nebeneffekt ist, mit der Nichtnutzung der alten konservativen Kraftwerke entfällt auch deren CO₂-Emission. Ein Vergleich der deutschen mit den französischen Strompreisen, ist ein zusätzlicher Beweis für die Unsinnigkeit dieser irreführenden Behauptung.

Eine stärkere Förderung der Grundlagenforschung hinsichtlich wirtschaftlicher Stromspeichermöglichkeiten ist dringend notwendig. Ohne billige Speichermöglichkeiten sind weitere Investitionen in nicht bedarfsgerecht produzierbare Energien sinnlos. Da die Stromspeicherung auf jeden Fall die Strompreise verteuert, muss eine billige Lösung des Speicherproblems erfunden oder gefunden werden.

Die Realisierung des teuren Vorhabens, unter der Nordsee ein Hochspannungsnetz nach Norwegen zu verlegen, um dort vorhandene Pumpspeicherwerke für die Speicherung von Windstrom aus Deutschland zu nutzen, wäre hinsichtlich der zusätzlichen Stromkostenbelastung unverantwortlich, nicht nur bezüglich der Investitionskosten, sondern auch wegen der Folgekosten.

Europaweit hat Deutschland die höchsten Belastungen der Wirtschaft und der privaten Haushalte hinsichtlich der Klimaschutzkosten zu tragen. Dass die anderen Länder Europas eine der deutschen gleiche Klimaschutzpolitik betreiben werden, ist auszuschließen. Sie werden aus der deutschen Energiepolitik gelernt haben, dass man es so nicht machen darf, eine so unnötige Stromkostenverteuerung seinen Bürgern nicht zumuten kann. Die derzeitige deutsche Energiepolitik zeugt von der Hybris klimapolitisches Vorbild zu sein, alles besser zu können als der Rest der Welt. Wir müssen diese Politik überwinden. Ich bitte alle Bürger dabei mitzuwirken.

Ca. 400 Kernkraftwerke sind weltweit im Bau oder in Planung, und zwar u.A. in Amerika, England, Finnland, Frankreich, Russland, Italien, Indien, China, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ukraine. Sind das alles rückständige, unaufgeklärte Länder? Ist Deutschland das weltweit einzige fortschrittliche und aufgeklärte Land? Oder ist es eher umgekehrt? Es wäre verantwortungslos, wenn das Thema durch Kapitulation vor den Informationslücken der Bürger entschieden würde.

Laut Stephan Kohler, DENA, (Deutsche Energieagentur, staatlich kontrolliert) bringt die Laufzeitverlängerung der AKW in Deutschland eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 100 bis 120 Millionen Tonnen jährlich. Laut Bundesumweltamt betrug 2008 der CO₂-Ausstoß in Deutschland 832 Millionen Tonnen. Das bedeutet, die Laufzeitverlängerung mindert die Schadstoffbelastung um 12 – 14,4%. (Qu. FAZ)

In einer Diskussionrunde in TV-Arte mit Hermann Scheer u.A. sagt der franz. Minister für Energie, ohne dass Scheer widersprach:

Ein Atomkraftwerk entspricht der Photovoltaikfläche von 30 Millionen m².

16 % der Abfälle aus Kernkraftwerken lassen sich heute schon aufbereiten.

Reaktoren der 4. Generation brauchen die Abfälle von heute.

Um die wirtschaftliche Prosperität zu verbessern, will die Regierung eventuell Steuern senken. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik könnte eine wesentlich größere Entlastung für die Bürger und die Volkswirtschaft bringen.

Das Ziel muss sein, eine stetige Senkung der CO₂-Emissionen, fortschreitend im Rahmen der in diesem Aufsatz aufgezählten Kriterien.

Gewählt werden muss der Weg mit der geringsten Belastung für Bürger und Wirtschaft.

Alle anderen dogmatischen Wegvorgaben müssen entsorgt werden. Deutschland kann mit dem, was es bezüglich Klimaschutz leistet, nicht Lehrer sein, sondern muss wieder Schüler werden.

Beim Betrachten der Geschichte der Evolution ist zu erkennen, dass mit den Problemen, die sie bis heute immer wiederkehrend neu schafft, heute z.B. u.A. die CO₂-Problematik, von ihr auch fasst immer rechtzeitig, gelegentlich schon vorher, Problemlösungen angeboten werden. Leider viel zu oft wird dieser Zusammenhang nicht erkannt. Das Beharren am Alten, Widerstand gegen die evolutionäre Entwicklung ist genauso eine Konstante wie das sich Durchsetzen des Neuen. Widerstand gab es in der Vergangenheit z.B. gegen die Eisenbahn, gegen Nähmaschinen und vieles mehr, so wie heute gegen die Kernkraft, während die von unseren Urgroßvätern entsorgte Windenergie als Innovation wieder angepriesen wird.